



**STADT BECKUM**

## **Niederschrift**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates  
der Stadt Beckum**

**in der Aula der Antoniuschule, Antoniusstraße 5 - 7,  
59269 Beckum  
am 16.10.2007**

Hinweis: Die Niederschrift ist im Bürgerinformationssystem auf den öffentlichen Teil beschränkt.

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
2. Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 21.08.2007 - öffentlicher Teil -
3. Bericht des Bürgermeisters
4. Terminierung der Kommunalwahlen im Jahre 2009, Antrag der FWG-Fraktion vom 26.08.2007  
Vorlage: 0684/2007
5. Landesprogramm "Kein Kind ohne Mahlzeit" -  
Entscheidung der Stadt Beckum über die Teilnahme  
Anträge der CDU-Fraktion vom 19.08.2007 und der SPD-Fraktion vom 21.08.2007  
Vorlage: 0680/2007
6. Aufhebung der Schulbezirke und Festlegung der Zügigkeit der Schulen nach  
§ 46 Schulgesetz  
Vorlage: 0682/2007/1
7. 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Beckum zur Erhebung und zur  
Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen für  
Kinder und für das außerunterrichtliche Angebot in den Offenen Ganztagschulen  
(Elternbeitragssatzung) vom 06. Oktober 2006  
Vorlage: 0675/2007
8. Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Beckum  
Vorlage: 0697/2007
9. Zusammenschluss der Aktion Münsterland und der Münsterland Touristik zum  
Verein Münsterland-Marketing e. V.  
Vorlage: 0701/2007
10. Zustimmung zu einer erheblichen außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung;  
Grunderwerb für das Bebauungsplangebiet Nr. 60 "Obere Brede/Tuttenbrock"  
Vorlage: 0696/2007
11. Zustimmung zu erheblichen außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen in  
den Jahren 2008 und 2009  
Bauvorhaben: Verkehrsberuhigte Oststraße  
Vorlage: 0689/2007
12. Durchführungsbeschluss zum kommunalen integrierten Handlungskonzept für die  
Innenstadt Beckum  
hier: 3. Bauabschnitt, Verkehrsberuhigte Umgestaltung der Oststraße  
Vorlage: 0685/2007
13. Bestellung von Vertretern der Stadt Beckum für den Aufsichtsrat der Beckumer  
Wohnungsgesellschaft mbH  
Vorlage: 0679/2007

14. Umbesetzungen in den Ausschüssen der Stadt Beckum  
Vorlage: 0703/2007
15. Anregung zur Landschaftsumlage  
Vorlage: 0704/2007
16. Anfragen

## **Anwesenheitsliste:**

### **Anwesend:**

#### **Vorsitz**

Herr Dr. Karl-Uwe Strothmann

#### **CDU-Fraktion**

Herr Dieter Beelmann  
Herr Erhard Bütke  
Herr Alfons Dierkes  
Frau Theresia Gerwing  
Herr Rudolf Goriss  
Frau Dagmar Halbach-Thien  
Frau Barbara Heckmann  
Herr Werner Knepper  
Herr Stefan König  
Herr Joachim Mücke  
Herr Christoph Pundt  
Herr Thomas Reinkemeier  
Herr Bernard Schnell  
Herr Lothar Stumpfenhorst  
Frau Annette Twenhöven-Ruhmann  
Herr Paul Tyrell  
Herr Heinz-Josef Wiedeking  
Herr Helmut Wittek

#### **SPD-Fraktion**

Herr Dr. Rudolf Grothues  
Herr Otto Gubbe  
Frau Birgit Harrendorf-Vorländer  
Frau Sigrid Himmel  
Herr Karsten Koch  
Herr Hubert Kottmann  
Herr Theodor Lückemeyer  
Herr Albert Pott  
Herr Peter Redegeld  
Herr Erwin Sadlau  
Frau Maria Sudbrock

#### **FWG-Fraktion**

Frau Eva Maria Gerke  
Herr Heinz Haske  
Frau Ulrike Rehbock  
Herr Wolfgang Scholz  
Herr Gregor Stöppel

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Karin Burtzloff  
Frau Monika Gerber  
Frau Angelika Grüttner-Lütke  
Frau Jutta Linnemann

**FDP-Fraktion**

Herr Karl-Heinz Przybylak  
Herr Tobias Tarner  
Frau Elisabeth Wieschebrink

**Verwaltung**

Herr Karl-Heinz Vanheiden  
Frau Maria Schlieper  
Frau Mechthild Cappenberg  
Frau Hannelore Kirchberger  
Herr Klaus Fernkorn  
Herr Karsten Vehrenkemper als Schriftführer

**Nicht anwesend:**

**SPD-Fraktion**

Herr Peter Tripmaker

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:15 Uhr

## **Protokoll:**

Bürgermeister Dr. Strothmann eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.  
Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben.

### **Öffentlicher Teil**

#### **1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern**

Anfragen wurden nicht gestellt.

#### **2. Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 21.08.2007 - öffentlicher Teil -**

Einwendungen wurden nicht erhoben.

#### **3. Bericht des Bürgermeisters**

##### a) Betriebsausschuss

Bürgermeister Dr. Strothmann wies darauf hin, dass die für den 30.10.2007 vorgesehene Sitzung des Betriebsausschusses auf den 13.11.2007 verschoben werde.

##### b) Entwicklung der Arbeitslosenquote

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, die Arbeitslosenquote für den Bereich Beckum und Wadersloh habe im September 2007 einen Stand von 5,9 % erreicht. Dies sei im Vergleich mit dem Stand vom Februar 2005, zu diesem Zeitpunkt habe die Quote noch 10,4 % betragen, ein Rückgang von 43 %. In absoluten Zahlen entspreche dies einem Rückgang von 2.665 auf 1.522 erwerbslose Personen.

##### c) GO-Reformgesetz

Bürgermeister Dr. Strothmann führte aus, dass das GO-Reformgesetz am heutigen Tage im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht worden sei. Dementsprechend würden die Neuregelungen am morgigen Tage in Kraft treten.

#### **4. Terminierung der Kommunalwahlen im Jahre 2009, Antrag der FWG-Fraktion vom 26.08.2007**

**Vorlage: 0684/2007**

Ratsmitglied Stöppel führte aus, die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen habe die Absicht, die Bundestagswahl und die Kommunalwahlen im Jahre 2009 nicht an einem gemeinsamen Termin stattfinden zu lassen. Die FWG-Fraktion habe den Antrag zur Verabschiedung der Resolution gestellt, um dem taktischen Parteienkalkül Vorschub zu leisten und die unnötige Verschwendung von Steuergeldern zu verhindern. Allein für die Stadt Beckum würden Mehrausgaben in Höhe von voraussichtlich 70.000 € entstehen.

Ratsmitglied Linnemann erklärte, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dem vorgelegten Resolutionsentwurf zustimmen. Die Trennung der beiden Wahltermine wäre ein schwerer Schlag für die Demokratie. Die gemeinsame Durchführung beider Wahltermine an einem Tag sichere eine starke Wahlbeteiligung. Erfahrungsgemäß sei eine schwächere Wahlbeteiligung bei der alleinigen Durchführung der Kommunalwahlen zu erwarten. Das parteitaktische Kalkül würde den Steuerzahler im Realisierungsfall bezogen auf ganz Nordrhein-Westfalen über 40 Mio. € kosten. Dies dürfe so nicht zur Umsetzung gelangen.

Ratsmitglied Koch zitierte aus dem von dem im Antrag der FWG-Fraktion angesprochenen Zeitungsartikel in der WAZ vom 20.08.2007. Hierin sei in dem Bericht über die beabsichtigte Trennung der Wahltermine der Bundestagswahl und der Kommunalwahlen u. a. ausgeführt, dass eine höhere Wahlbeteiligung insbesondere der SPD zugute kommen würde. Die CDU habe in Nordrhein-Westfalen bei den Kommunalwahlen 2004 und bei der Landtagswahl 2005 stark von der niedrigen Wahlbeteiligung profitiert. Im Weiteren zitierte er aus einem ihm vorliegenden Vermerk des Innenministeriums, worin die politischen Erwägungen der Generalsekretäre der Regierungsparteien dokumentiert seien. Hieraus gehe hervor, dass als Termin für die Kommunalwahlen 4 bis 5 Wochen vor der Bundestagswahl wünschenswert sei. Die Anfrage der SPD-Fraktion zu den voraussichtlichen zusätzlichen Kosten für die Stadt Beckum sei gestellt worden, um die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen vor Ort deutlich zu machen. Hierbei sei man davon ausgegangen, dass ein Großteil der Ausgaben der Verwaltung für Planungszwecke bereits bekannt seien. Er äußerte die Hoffnung, dass sich die CDU-Fraktion dem Beschluss des Kreisparteitages in Bochum anschließe. Hier habe sich die CDU ausdrücklich für eine Bündelung der beiden Wahltermine ausgesprochen.

Ratsmitglied Knepper erklärte, der Termin für die Kommunalwahlen werde vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen festgelegt. Der Bundespräsident entscheide darüber, wann die Bundestagswahl stattfinde. Zu dem von Ratsmitglied Koch zitierten Aussagen führte er aus, dass zwei Generalsekretäre „laut gedacht“ hätten. Die auf 42 Mio. € bezifferten Mehrausgaben für die getrennte Durchführung der Kommunalwahlen entsprächen nicht der Wahrheit. Nach Berechnungen der Landesregierung würden voraussichtlich 10 bis 11 Mio. € an Mehrkosten entstehen. Die CDU-Fraktion in Beckum sei der Auffassung, dass Demokratie etwas koste. Die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen sollten die Chance haben, losgelöst von anderen Wahlen über die Politik vor Ort abzustimmen. Zudem gebe es für die Kommunalwahlen einen großen Block an Fixkosten, der unabhängig von einem gemeinsamen Wahltermin sei. Im Übrigen wies er darauf hin, dass die FWG-Fraktion nach den letzten Kommunalwahlen die zeitgerechte Auszählung der Ergebnisse in Zweifel gezogen habe. Dies stehe im Gegensatz zu der nun aufgestellten Forderung, zwei Wahlen an einem Termin durchführen zu wollen. Im Ergebnis sehe die CDU-Fraktion keinen Anlass dazu, dem vorgelegten Resolutionsentwurf zuzustimmen.

Ratsmitglied Koch erklärte, die Mehrausgaben von 42 Mio. € seien vom Bund der Steuerzahler bestätigt worden. Er erinnerte daran, dass die CDU-Fraktion bei der Durchführung des Bürgerbegehrens in Beckum die schriftliche Information aller Bürgerinnen und Bürger aus Kostengründen abgelehnt habe. Abschließend erklärte er, dass sich vor dem Hintergrund der nun entbrannten öffentlichen Diskussion in der Landesregierung wahrscheinlich niemand trauen werde, die Kommunalwahlen an einem anderen Termin als die Bundestagswahl stattfinden zu lassen.

Ratsmitglied Wieschebrink führte aus, das Jahr 2009 werde ein Superwahljahr. Die Wahltermine würden voraussichtlich im Sommer 2008 festgelegt werden. Dies müsse aus Sicht der FDP-Fraktion jedoch nicht im Rat der Stadt Beckum diskutiert werden,

da dies auf anderen Ebenen entschieden werde. Letztlich gebe es für beide Verfahrensweisen gute Argumente. Das verfolgte Ziel bleibe letztlich eine hohe Wahlbeteiligung. Die propagierten Mehrausgaben von über 40 Mio. € seien nicht belegt. Tatsächlich würden zusätzliche Ausgaben nur im relativ geringen Maße entstehen.

Ratsmitglied Stöppel erklärte, die FWG-Fraktion werde ihre Position vor Ort weiterhin offensiv vertreten. Dies sei keine künstlich herbei geführte Angelegenheit. Auch bei den Debatten über das GO-Reformgesetz sei deutlich geworden, dass dies ein aktuelles Thema sei. Das Ziel einer hohen Wahlbeteiligung sollte nicht dem parteitaktischen Kalkül zum Opfer fallen. Die zusätzlichen Ausgaben bei einer getrennten Durchführung der Wahlen sollten dem Steuerzahler zudem nicht auferlegt werden. Es gebe durchweg nur sachliche Argumente, in dieser Angelegenheit für die Bürgerinnen und Bürger etwas zu tun. Im Nachgang der Kommunalwahlen 2004 habe es an mehreren Stellen Ungereimtheiten gegeben. Darauf habe sich seinerzeit die Position der FWG-Fraktion begründet.

**Beschlussvorschlag:**

Die als Anlage zur Vorlage beigefügte Resolution wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

abgelehnt    Ja 20    Nein 21    Enthaltung 1

5.    **Landesprogramm "Kein Kind ohne Mahlzeit" -  
Entscheidung der Stadt Beckum über die Teilnahme  
Anträge der CDU-Fraktion vom 19.08.2007 und der SPD-Fraktion vom  
21.08.2007  
Vorlage: 0680/2007**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadt Beckum nimmt an dem Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ teil. Die Verwaltung wird beauftragt, den entsprechenden Förderantrag bei der Bezirksregierung Münster zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**

ungeändert beschlossen    Ja 42    Nein 0    Enthaltung 0

6.    **Aufhebung der Schulbezirke und Festlegung der Zügigkeit der Schulen nach  
§ 46 Schulgesetz  
Vorlage: 0682/2007/1**

Ratsmitglied Gerke erklärte, sie werde dem vorgelegten Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Die Änderung des Schulgesetzes sehe vor, dass die Eltern die Schule für ihre Kinder frei wählen könnten. Durch die Festlegung der Zügigkeit werde die Wahlfreiheit der Eltern eingeschränkt, da es sich hierbei um ein Steuerungsinstrument handele. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund der Schließung der Kettelergrundschule nicht akzeptabel.

**Beschlussvorschlag:**

Die Zügigkeit der Grundschulen der Stadt Beckum wird wie folgt festgestellt:

Schule	max. Zügigkeit
Eichendorffschule, Gemeinschaftsschule	2
Martinschule, kath. Bekenntnisschule, OGS	3
Paul-Gerhardt-Schule, ev. Bekenntnisschule; OGS	2
Sonnenschule, kath. Bekenntnisschule; OGS	3
Fr. v. Bodelschwingh-Schule, Gemeinschaftsschule, OGS	3
Roncallischule, Gemeinschaftsschule; OGS	2
Rolandschule, kath. Bekenntnisschule	1
Kardinal-v.-Galen-Schule, kath. Bekenntnisschule	1

**Abstimmungsergebnis:**

ungeändert beschlossen Ja 41 Nein 1 Enthaltung 0

7. **1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Beckum zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen für Kinder und für das außerunterrichtliche Angebot in den Offenen Ganztagschulen (Elternbeitragssatzung) vom 06. Oktober 2006  
Vorlage: 0675/2007**

**Beschlussvorschlag:**

Die als Anlage zur Vorlage beigefügte 1. Satzung vom ..... zur Änderung der Satzung der Stadt Beckum zur Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen für Kinder und für das außerunterrichtliche Angebot in den Offenen Ganztagschulen (Elternbeitragssatzung) vom 6. Oktober 2006 wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

ungeändert beschlossen Ja 42 Nein 0 Enthaltung 0

8. **Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Beckum  
Vorlage: 0697/2007**

**Beschlussvorschlag:**

Die als Anlage zur Vorlage beigefügte Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Beckum vom .....2007 wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

ungeändert beschlossen Ja 42 Nein 0 Enthaltung 0

**9. Zusammenschluss der Aktion Münsterland und der Münsterland Touristik zum Verein Münsterland-Marketing e. V.  
Vorlage: 0701/2007**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Gründung des Vereins Münsterland-Marketing e. V. durch Verschmelzung der Aktion Münsterland e. V. und der MÜNSTERLAND TOURISTIK Grünes Band e. V. wird zugestimmt.  
Den vorliegenden Entwürfen des Verschmelzungsvertrages, der Satzung und der Beitragsordnung des Münsterland-Marketing e. V. wird ebenfalls zugestimmt.
2. Gemäß § 63 Absatz 2 in Verbindung mit § 113 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW werden die nachfolgend genannten Personen als Mitglied bzw. stellvertretendes Mitglied der Mitgliederversammlung des Vereins Münsterland-Marketing e.V. bestellt:

Mitglied

Bürgermeister Dr. Karl-Uwe Strothmann

persönlicher Vertreter

Herr Uwe Denkert

**Abstimmungsergebnis:**

ungeändert beschlossen    Ja 41    Nein 0    Enthaltung 1

**10. Zustimmung zu einer erheblichen außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung;  
Grunderwerb für das Bebauungsplangebiet Nr. 60 "Obere Brede/Tuttenbrock"  
Vorlage: 0696/2007**

**Beschlussvorschlag:**

Der erheblichen außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 2.88000.93211.075 Grunderwerb und Nebenkosten – Gewerbepark „Grüner Weg“ Baugebiet 15 in Höhe von 500.000 € wird zugestimmt.

Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme folgender Verpflichtungsermächtigungen in der jeweils angegebenen Höhe:

- Haushaltsstelle 2.88000.93211.999  
Grunderwerb und Nebenkosten – Allgemeines Grundvermögen mit 200.000 €,
- Haushaltsstelle 2.70001.95213.069  
Kanalisation Baugeb. N 67 Vellerner Straße mit 200.000 €,
- Haushaltsstelle 2.63000.95052.999  
Endausbau Sachsenstraße 2. Bauabschnitt mit 100.000 €.

**Abstimmungsergebnis:**

ungeändert beschlossen    Ja 42    Nein 0    Enthaltung 0

**11. Zustimmung zu erheblichen außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen in den Jahren 2008 und 2009**  
**Bauvorhaben: Verkehrsberuhigte Oststraße**  
**Vorlage: 0689/2007**

Bürgermeister Dr. Strothmann wies auf die Nachfrage von Ratsmitglied Wieschebrink in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses hin. Zu dem hinterfragten Planungsstadium würden nun Frau Kirchberger und Herr Fernkorn Stellung nehmen.

Frau Kirchberger führte aus, dass die Verwaltung im Juni 2006 einen Antrag zur Förderung des verkehrsberuhigten Ausbaus der Oststraße bei der Bezirksregierung Münster gestellt habe. Die Bezirksregierung habe die Stadt Beckum aufgefordert, einen Planungsentwurf sowie einen Durchführungsbeschluss vorzulegen. Dies müsse bis zum morgigen Tage geschehen. Der Planungsentwurf sei bis zum Ende der Sommerferien in Abstimmung mit der Bezirksregierung erarbeitet und im Stadtentwicklungsausschuss sowie im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vorgestellt worden. Der Planungsentwurf werde weiter bearbeitet und nach Vorliegen des Förderbescheides mit der Politik abgestimmt. Abschließend werde die Bürgerbeteiligung durchgeführt.

Herr Fernkorn stellte den Planungsentwurf kurz vor. Er erklärte, hierbei handele es sich um eine vorläufige Planung. In die Beratungen im Stadtentwicklungsausschuss werde der dann weiter abgestimmte Plan eingebracht. Auf dem dann vorliegenden Planungsstand werde dann die Bürgerbeteiligung durchgeführt. Abschließend wies er darauf hin, dass das wesentliche Ziel der Maßnahme die Verkehrsberuhigung sei.

Bürgermeister Dr. Strothmann stellte fest, dass letztlich in diesem Rahmen noch alle Möglichkeiten offen stehen würden.

Ratsmitglied Haske erklärte, er werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Es sei nicht einzusehen, dass grundsätzlich die großen Maßnahmen bevorzugt vorangetrieben würden. Hier sei als Deckung u. a. eine Verpflichtungsermächtigung für den Hochwasserschutz Deipenbach und Völkerbach vorgesehen. Hierbei handele es sich ebenfalls um eine sehr wichtige Maßnahme, die nun nicht ausgeführt werde.

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, die Verhandlungen über den für die Realisierung notwendigen Grunderwerb seien gescheitert. Daher sei die Veranschlagung der Maßnahme obsolet geworden. Aktuell habe sich jedoch eine andere Möglichkeit ergeben, so dass die Verpflichtungsermächtigung im nächsten Haushaltsjahr neu eingestellt werde.

**Beschlussvorschlag:**

Den erheblichen außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen bei der Haushaltsstelle 2.63000.95091.040 -Verkehrsberuhigung Oststraße- für das Jahr 2008 in Höhe von 300.000,00 € und für das Jahr 2009 in Höhe von 482.000,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme folgender Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2008 in der jeweils angegebenen Höhe:

- Haushaltsstelle 2.63000.95043.043 -Erschließung Baugebiet 33, Erschließungskosten- mit 140.000,00 €.
- Haushaltsstelle 2.63000.95067.999 -Ausbau Holtmarweg- mit 375.000,00 €.
- Haushaltsstelle 2.63001.95103.999 -Ausbau Bussardstraße- mit 105.000,00 €.
- Haushaltsstelle 2.69000.95254.082 -Hochwasserschutz und Entwicklung der Wiese im Außenbereich, Entwicklungskosten- mit 81.000,00 €.

- Haushaltsstelle 2.69000.95293.094 -Hochwasserschutz Entwicklung Deipenbach/Völkerbach, Entwicklung Deipenbach- mit 81.000,00 €.

**Abstimmungsergebnis:**

ungeändert beschlossen Ja 41 Nein 1 Enthaltung 0

- 12. Durchführungsbeschluss zum kommunalen integrierten Handlungskonzept für die Innenstadt Beckum**  
**hier: 3. Bauabschnitt, Verkehrsberuhigte Umgestaltung der Oststraße**  
**Vorlage: 0685/2007**

**Beschlussvorschlag:**

Die Durchführung der verkehrsberuhigten Umgestaltung der Oststraße zwischen Osttorknoten und Clemens-August-Straße wird entsprechend den Zielen des Kommunalen integrierten Handlungskonzeptes für die Innenstadt Beckum beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

ungeändert beschlossen Ja 42 Nein 0 Enthaltung 0

- 13. Bestellung von Vertretern der Stadt Beckum für den Aufsichtsrat der Beckumer Wohnungsgesellschaft mbH**  
**Vorlage: 0679/2007**

Ratsmitglied Wiedeking schlug die Wiederwahl der Ratsmitglieder Knepper und Mücke sowie von Herrn Franz-Josef Kortmann vor.

Ratsmitglied Dr. Grothues schlug die Wiederwahl der Ratsmitglieder Koch und Redegeld vor.

**Beschlussvorschlag:**

Als Mitglieder des Aufsichtsrates der Beckumer Wohnungsgesellschaft mbH bestellt der Rat der Stadt Beckum gemäß §§ 63 Absatz 2, 113 und 50 Absatz 3 und Absatz 4 Satz 1 Gemeindeordnung NRW und § 10 Absatz 1 Satz 3 des Gesellschaftsvertrages folgende Personen:

1. Ratsmitglied Werner Knepper
2. Ratsmitglied Joachim Mücke
3. Herr Franz-Josef Kortmann
4. Ratsmitglied Karsten Koch
5. Ratsmitglied Peter Redegeld

**Abstimmungsergebnis:**

ungeändert beschlossen Ja 41 Nein 0 Enthaltung 0

**14. Umbesetzungen in den Ausschüssen der Stadt Beckum**  
**Vorlage: 0703/2007**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat wählt gemäß § 50 Absatz 3 Gemeindeordnung NRW die nachfolgend aufgeführten Personen als stellvertretende Mitglieder in den Ausschuss für Familien, Frauen, Soziales und Menschen mit Behinderungen:
  - Frau Inga Leifhelm, Hühlstraße 34 als stellvertretende sachkundige Bürgerin Nummer 1 für Frau Anneliese Drees
  - Frau Regina Everke, Neubeckumer Straße 5 als stellvertretende sachkundige Bürgerin Nummer 2 für Frau Inga Leifhelm
  - Frau Margot Braam, Mühlenweg 86 als stellvertretende sachkundige Bürgerin Nummer 3 für Frau Regina Everke
  
2. Der Rat wählt gemäß § 50 Absatz 3 Gemeindeordnung NRW die nachfolgend aufgeführten Personen als zusätzliche stellvertretende Mitglieder in den Stadtentwicklungsausschuss:
  - Frau Edith Ludwig, Keppler Straße 5 als stellvertretende sachkundige Bürgerin Nummer 4
  - Frau Regina Everke, Neubeckumer Straße 5 als stellvertretende sachkundige Bürgerin Nummer 5
  - Frau Inga Leifhelm, Hühlstraße 34 als stellvertretende sachkundige Bürgerin Nummer 6
  - Frau Margot Braam, Mühlenweg 86 als stellvertretende sachkundige Bürgerin Nummer 7
  - Herrn Winfried Drees, Ingeborg-Bachmann-Straße 9 als stellvertretenden sachkundigen Bürger Nummer 8

**Abstimmungsergebnis:**

ungeändert beschlossen      Ja 41    Nein 0    Enthaltung 0

**15. Anregung zur Landschaftsumlage**  
**Vorlage: 0704/2007**

**Beschlussvorschlag:**

Die Anregung vom 07.10.2006 erfüllt nicht die Voraussetzungen des § 24 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW.

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

**16. Anfragen**

Anfragen wurden nicht gestellt.

Für die Richtigkeit:

Beckum, den 19.10.2007

Beckum, den 17.10.2007

\_\_\_\_\_  
gez.  
**(Dr. Karl-Uwe Strothmann)**  
**Vorsitz**

\_\_\_\_\_  
gez.  
**(Karsten Vehrenkemper)**  
**Schriftführung**